



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

Impressionen NÖ Landtagssitzung 21.03.2024

#zusammenHaltNÖ is watching you – das Motto, unter dem Vereinsmitglieder und Unterstützer*innen seit einem Jahr an Landtagssitzungen teilnehmen und darüber berichten.



Nach der **#zusammenHaltNÖ-Pressokonferenz im St. Pöltner Cinema Paradiso, am Donnerstag, 21.03.2024** besuchten Aktivist*innen aus unterschiedlichsten Vereinen und Initiativen und aus allen NÖ Landesteilen die darauffolgende **Landtagssitzung**.



#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung mit Vereinen und Initiativen, um Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Ausgewählte Tagesordnungspunkte und Kommentare

Inhaltsverzeichnis

TO-Punkt 02: Aktuelle Stunde zum Thema „Frauen brauchen Schutz vor Schutzsuchenden!“	3
TO-Punkt 03: Aktuelle Stunde zum Thema „Schwarz-Blaues Gesundheitsdebakel – welche Spitalsabteilung schließt als nächste?“	6
TO-Punkt 04: „Herstellung der Barrierefreiheit sowie thermische und technische Sanierung des Landtagssaals“	9
TO-Punkt 06: „Etablierung einer gebietskörperschaftenübergreifenden Transparenzdatenbank“	10
TO-Punkt 07: „Stärkung des Ehrenamtes – Dienstfreistellung unter Entgeltfortzahlung für freiwillige Einsatzkräfte“	10
TO-Punkt 08: „Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 (NÖ LV 1979)“	10
TO-Punkt 09: „Praxisnahe Umsetzung der EU Entwaldungsverordnung ohne bürokratischen Mehraufwand“	11
TO-Punkt 10: „Zukünftige Rahmenbedingungen für Community Nursing“	12
TO-Punkt 11: „Recht auf persönlichen Kontakt zu Ämtern und Behörden“	13
TO-Punkt 12: „Günstigere Nah- und Fernwärme sowie Ausbau der Biomasse“	14
TO-Punkt 13: „Flughafen muss vom Rechnungshof geprüft werden können“	14
TO-Punkt 14: „Freier Handel darf nicht zur Gefährdung der österreichischen Landwirtschaft führen“	15
TO-Punkt 15: „Aufwertung der Lehre auf allen Ebenen als Antwort auf den Fachkräftemangel“	16
TO-Punkt 16: „Bekämpfung der Jugendverschuldung – Finanz- und Wirtschaftsbildung in Schulen weiter forcieren“	18

TO-Punkt 02: Aktuelle Stunde zum Thema „Frauen brauchen Schutz vor Schutzsuchenden!“

#zusammenHaltNÖ stellt eingangs fest:

allein schon das Wort „Schutzsuchende“ im Titel der „Aktuellen Stunde“ ist vom Antragsteller FPNÖ grob manipulierend und insinuiert, dass Gewalttaten gegen Frauen grobteils von Geflüchteten, also Schutzsuchenden, verübt würden. Deshalb müsse man sie vor dieser Personengruppe schützen. In äußerst bedauerlichen Einzelfällen stimmt das natürlich, ist aber nicht die ganze Wahrheit.

So wird auf den Fall einer 12-Jährigen angespielt, die von einer 17-köpfigen Gruppe Jugendlicher missbraucht wurde, die aus unterschiedlichsten Nationen stammen und größtenteils keine Geflüchteten waren. (KURIER, 01.03.2024)

Hier zur besseren Einordnung des Missbrauchfalles die Links zur Pressekonferenz der Ermittler in Artikeln der „Tiroler Tageszeitung“ und des „STANDARD“:

<https://www.tt.com/artikel/30877193/gruppen-vergewaltigung-von-zwoelfjaehriger-17-tatverdaechtige-auch-gewalt-im-spiel>

<https://www.derstandard.at/story/3000000209818/zwoelfjaehrige-missbraucht-in-einem-fall-auch-koerperliche-gewalt-angewendet>

Aber nun zu den Redebeiträgen der Abgeordneten:



GEHÖRT GEHÖRT:

In einer fulminanten [Rede](#) kritisiert **Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS** in scharfen Worten, dass die FP, wie so oft, nicht tatsächlich bestehende Probleme zu lösen versuche, sondern sich bloß lautstark empöre, aber keinerlei Lösungen parat habe. Im Gegenteil, sie wirke noch als

Brandbeschleuniger. Er analysiert patriarchale Strukturen und umreißt die Migrationsgeschichte seit den 70er Jahren – mit samt den Versäumnissen der Politik zur Integration. Er nennt dann eine Liste von Schritten, die zur Bearbeitung des Gewaltproblems gegen Frauen und zur Prävention von Gewalttaten unter jungen Migranten aus anderen Kulturkreisen unerlässlich seien.

Hofer-Gruber plädiert für eine gestaltende Politik, die Verantwortung übernimmt. Bereits als Gastarbeiter*innen in den 1970er Jahren geholt wurden, habe die Politik eine aktive Migrations- und Integrationspolitik verabsäumt. Zentrale Schritte in der Gestaltung von Integrationspolitik seien Aufklärung, Integration und Zugang zum Arbeitsmarkt. Zuwanderung sei aus demographischen Gründen nötig.

In ihrer eindringlichen [Rede](#) weist **Abg. Silvia Moser/Grüne** auf die eindimensionale Sichtweise der FP hin, die offenbar die alleinige Schuld an Gewalttaten gegen Frauen bei Migranten und Geflüchteten sieht. Eine genaue Täteranalyse und Ursachenforschung seien notwendig. Gewalt gegen Frauen existiere in allen Schichten, Nationen, Familienverhältnissen und Berufsgruppen. Das einzige, was sicher sei: in den meisten Fällen stünden die Täter in einem Naheverhältnis zu den Opfern. Von den 52 Delikten schwerer Gewalt im Jahr 2023 wurden 42 Fälle, also 81%, durch Partner, Ex-Partner, Bekannte oder Verwandte verübt. Bei den 28 Morden biete sich das gleiche Bild. 26 Morde, und somit 93%, wurden durch Partner, Ex-Partner, Bekannte oder Familienmitglieder verübt. Das toxische Männerbild müsse eliminiert werden. Die Partei, die sich durch diesen Antrag als Schützer von Frauen geriere, habe während der schwarz-blauen Bundesregierung systematisch Gelder für den Ausbau von Frauenberatungsstellen gekürzt oder Hochrisiko-Fall-Konferenzen gestrichen.

In ihrer [Rede](#) schickt **Abg. Elvira Schmid/SP** voraus, dass jede Gewalt gegen Frauen abzulehnen und völlig inakzeptabel sei. Schockierend sei, dass immer mehr Gewalt von jungen Straftätern ausgehe. In diesem Zusammenhang erwähnt sie, dass der Jugendgerichtshof 2004-05 von einer schwarz-blauen Regierung abgeschafft wurde, was einen herben Rückschlag bedeutete. Es müsse Buben- und Männerarbeit gemacht werden und man könne von anderen Ländern diesbezüglich lernen.

Die Innenminister der letzten zwanzig Jahre seien mit einer Ausnahme (Kickl/FPÖ, Anm.) alle von der ÖVP gestellt worden. Prävention in diesem Bereich müsse dringend ausgebaut werden. Es brauche einen nationalen Aktionsplan für einen Gewaltschutz, eine Gesamtstrategie zur Verbesserung des Schutzes von Frauen.

Von Seiten der SPÖ gebe es seit 2018 ein Positionspapier, das den Umgang mit Flucht und Asyl klar definiere: klare Spielregeln, klare Werte und dadurch eine gelungene Integration.

Integration vor Zuzug, ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten, Erkennen und Lösen von Problemen seien Grundsätze ihrer Partei. Im Rahmen einer aktiven Neutralitätspolitik setze sich ihre Partei für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Zukunftschancen vor Ort ein.

Abg. Martin Antauer/FPÖ beginnt seine [Rede](#) gleich mit infamen Unterstellungen und Verunglimpfung seiner Vorredner*innen von NEOS, Grünen und SP.

Er sieht die abendländische Kultur und Werte gefährdet, verhöhnt „diese sogenannten Gäste“, unsere „wertvollen

Facharbeiter“, die nur Leid und Angst in unsere österreichischen und niederösterreichischen Familien brächten.

Es mache sich eine „*Unkultur aus islamischen Ländern*“ breit, die „*unvorstellbar und nicht integrierbar*“ sei.

„Sogenannte Schutzsuchende“ aus Ländern, wo Männer Kinder heiraten und sie so ungestraft vergewaltigen und missbrauchen. Er nenne diese „*perversen Männer*“ ganz bewusst pervers. Sie laufen frei in unserem Land umher und könnten beliebig ihr Unwesen treiben. Es würden „Sozialsuchende“ aus Ländern beherbergt, in denen Gewalt in der Ehe erlaubt und auch gelebte Realität sei. Es sei eine Schande, dass NEOS und Grüne zu diesen Missständen schweigen. Es gebe 70% Ausländerinnen in Frauenhäusern, was ein Skandal sei. Er wiederholt immer wieder den Fall der „*Gruppenvergewaltigung*“ einer 13-Jährigen. Laut Antauer seien die Täter „*17 schmierige, schäbige Ausländer (!) zwischen 13 und 18 Jahren*“. Er fordert eine Herabsetzung der Strafmündigkeit, eine sofortige Abschiebung der Täter und bei Minderjährigen die Abschiebung der Familien (obwohl er weiß, dass das rechtlich gar nicht möglich ist, Anm.)

„*Gewalt gegen Frauen würde von den Linken und Grünen, wenn auch nicht gutgeheißen, aber zumindest billigend in Kauf genommen*“.

Man habe „*Terrorismus, Antisemitismus, Vergewaltigung und Mord in unser Land importiert*“. Ab Herbst würde eine freiheitliche Handschrift sichtbar werden mit einem Volkskanzler Kickl und dann würde es diese Zustände nicht mehr geben.

In ihrer [Rede](#) spricht **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** über „*toxische Männlichkeit*“. Das wahre Problem für Frauen sei in

Familien, das zeige die Besetzung von Frauenhäusern. Niederösterreich möge vor blauer Frauenpolitik bewahrt werden.

Abg. Silke Dammerer/VP stellt in ihrer [Rede](#) klar, dass Gewalt gegen Frauen durch Männer, egal welchen Alters oder welcher Herkunft, keinen Platz habe. Es müsse alles getan werden, um Gewalt im privaten und öffentlichen Raum zu verhindern.

Gewalt finde am häufigsten im Familienverband statt. Die Motive seien höchst unterschiedlich, oft einhergehend mit Beziehungskrisen, psychischen und Suchterkrankungen.

Die Themen „Gewalt an Frauen“ und „Fremdenwesen“ würden jedoch teilweise vermischt.

In Niederösterreich gebe es zehn Frauenberatungsstellen, sechs Frauenhäuser, das Gewaltschutzzentrum in St. Pölten und eine Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt in Wiener Neustadt.

Ein zusätzliches Frauentelefon, eine Fachstelle für Gewaltprävention seien eingerichtet worden und es gebe regionale Vernetzungskonferenzen, aus dem ein NÖ Gemeindepaket entstanden sei. Weiters gebe es noch diverse Kooperationen mit NÖN, WKO, Infokampagnen mit Arztpraxen und Apotheken, ORF, Print- und Onlinemedien etc.

Zum Thema „Schutzsuchende“: es gebe derzeit in NÖ mehr Frauen als Männer in der Grundversorgung. Ohne ukrainische Geflüchtete würden ca. 20% aus restlichen Ländern stammen.

Die polizeiliche Kriminalstatistik zeige, dass die meisten Tatverdächtigen aus

Rumänien kommen, gefolgt von Deutschland, Serbien, der Türkei und Ungarn. Bei schweren Straftaten komme es auch immer wieder zu Außerlandesbringungen und Abschiebungen.

2023 mussten 2600 Straffällige zwangsweise Österreich verlassen. „Bei schweren Straftaten von Asylwerbern oder Asylberechtigten, werde der Schutz aberkannt, es komme zur Aberkennung des Asylstatus und zur Abschiebung, falls das möglich ist“.

2023 gab es in Österreich 710 solcher Aberkennungsverfahren. Allerdings könnte nicht in alle Länder abgeschoben werden, Beispiel Afghanistan, wo es unrealistisch sei.

Entgegen dem europäischen Trend haben sich in Österreich die Asylanträge von 2022 auf 2023 halbiert. Innenminister Karner habe die Anerkennungsquote drastisch gesenkt *(was aber nicht in seiner Kompetenz, sondern in der Kompetenz von BFA und den Gerichten liegt, Anm.)*. Sie sei 2018 noch bei 47,6% gelegen, 2023 jedoch bei 22,6%, was bedeute, dass vier von fünf Asylanträgen negativ entschieden worden seien.

Der **#zusammenHaltNÖ**  **Faktencheck zur Asyl-Anerkennungsquote ergibt:**

Wie Diakonie und asylkoordination schon mehrmals nachgewiesen haben, stimmen die Zahlen – auch wenn sie vom Innenministerium stammen – leider wieder nicht. Wie schon früher werden die eingestellten Verfahren zu den Negativentscheidungen dazugerechnet, was nicht korrekt ist.

<https://www.diakonie.at/news-stories/analyse/grobe-irrefuehrung-der-oeffentlichkeit-mit-der-asylstatistik>

*Wir von #zusammenHaltNÖ fragen uns, wie oft die Jurist*innen der Diakonie diese Zahlen noch erklären müssen, bis die korrekten*

Zahlen auch beim Innenministerium und den VPÖ&FPÖ-Mandatar*innen ankommen.

Abg. Dammerer nennt noch zahlreiche Daten und Fakten, offenbar als Beweis, wie erfolgreich Innenministerium und Asylbehörden in der „Abwehr“ Geflüchteter sind.

Sie erwähnt auch das zunehmende Phänomen der Jugendkriminalität, deren letzte Fälle zur Prüfung der Strafmündigkeit führten (Zitat IM Karner „*Wer alt genug ist, um ein schweres Verbrechen zu begehen, ist auch alt genug, dafür Verantwortung zu übernehmen*“.)

Es müsse aber auch überlegt werden, wie gewaltbereite Männer und Jugendliche erreicht werden, bevor sie zu Tätern werden. Es müsse strengere Regeln für die Vergabe von Staatsbürgerschaften und auch die Aberkennung dieser, sowie für Schulpflichtverletzungen geben.

#zusammenHaltNÖ  **fragt sich:**

Ist der Titel der „Aktuellen Stunde“ von der FPÖ wieder einmal bewusst gewählt, um Geflüchtete ganz allgemein zu diffamieren und ihnen allen Gewalttätigkeit zu unterstellen?

Zusatzinformation

Die **Kriminalstatistik 2023** ist interessanterweise weder auf der **Internetseite des BMI** noch des **Bundeskriminalamtes** zu finden. Nur über die Medien und teilweise über **Statistik Austria** sind einige Zahlen für 2023 zu eruieren. Und das, obwohl die Kriminalstatistik 2023 ja bereits am Montag, 25.03.2024 offiziell den Medien präsentiert wurde.

Daher finden wir Zahlen, Fakten, Grafiken und Tabellen für 2023 derzeit nur in den Medien:

KURIER: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/kriminalstatistik-schlepperei->

[halbierung-jugendkriminalitaet-oesterreich/402832300](https://kurier.at/chronik/oesterreich/402832300)

TO-Punkt 03: Aktuelle Stunde zum Thema „Schwarz-Blaues Gesundheitsdebakel – welche Spitalsabteilung schließt als nächste?“

In der zweiten „Aktuellen Stunde“ geht es um Schließungen von Spitalsabteilungen und die LGA/Landesgesundheitsagentur.

Abg. Karin Scheele/SP kritisiert sowohl die Schließung der Geburtsstation und Gynäkologie am LK Waidhofen/Ybbs und die Personalausdünnung durch Abwanderung von HNO-Fachärzten des LK Mistelbach, als auch die prekäre Personalsituation, den schlechten Personalschlüssel, die schlechten Arbeitsbedingungen und die fehlende Gesamtplanung im Gesundheitsbereich. Dagegen würde die LGA im administrativen Bereich immer mehr aufgebläht, wodurch die Personalkosten signifikant ansteigen. Auch kritisiert Abg. Scheele, dass sich bei mehreren Anfragen von SP-Mandatar*innen an die entsprechenden Landesrät*innen diese für nicht zuständig erklärten.

Abg. Edith Kollermann/NEOS hält fest, dass das Land NÖ, bzw. seit dem 1.1.2020 die ausgelagerte Landesgesundheitsagentur/LGA, 27 Kliniken und 50 Pflege- und Betreuungszentren mit 28.000 Mitarbeiter*innen, davon 4000 Ärzt*innen und 15.000 Pflegekräften bzw. ein Drittel in der Verwaltung Tätige beschäftige. Bei der LGA-Gründung wurden als Hauptargument die Synergieeffekte angeführt, die jedoch großteils ausgeblieben seien. Abg. Kollermann kritisiert auch, dass Anfragen

an die LGA ignoriert würden und der zuständige Landesrat sich verweigere.

Die Jahresberichte der LGA entsprächen nicht annähernd unternehmerischen Geschäftsberichten und auch für den Landesrechnungshof sei die LGA eine Blackbox. Die Bürger*innen hätten ein Recht, zu erfahren, was mit ihrem Steuergeld passiert. Es bedürfe einer gesetzlichen Änderung, dass Einrichtungen im klaren Einflussbereich des Landes auch selbstverständlich vom Fragerecht umfasst seien. Und es müsse mehr als drei Jahre nach der LGA-Gründung endlich ein professionelles Personalentwicklungskonzept geben.

Obwohl **LR Schleritzko** während dieses TO-Punktes persönlich angesprochen wird, führt er während *Abg. Kollermanns* Rede längere und intensive Privatgespräche mit Kollegen, was die Abgeordnete auch kritisiert.

#zusammenHaltNÖ



fragt

sich: *ist dieses Verhalten des persönlich angesprochenen Landesrats das Resultat einer schlechten Kinderstube? Ist es Arroganz und Präpotenz, mit der man während einer Sitzung v.a. Redner*innen der Opposition bewusst ignoriert und brüskiert? Egal, was der Grund ist - in jedem Fall ist solch ein Verhalten völlig inakzeptabel.*

Abg. Silvia Moser/Grüne spricht den drastischen Personalmangel in manchen Landeskliniken an, der zur Schließung oder Teilschließung von Abteilungen führt. Sie beschreibt am Beispiel der HNO-Mittelbach das eklatante Missmanagement in Richtung hausgemachte Krise und die Planlosigkeit der LGA ([ab Minute 01:27](#)). Daher sei die Frage, welche Stationen als nächste schließen müssten, durchaus berechtigt.

Davon könnten die Psychiatrien in Hollabrunn und Mauer betroffen sein, denen von der neuen Psychiatrie in St. Pölten Personal abgeworben werden könnte. Welche Chirurgen und Internen Stationen seien bedroht? Wer verantworte das völlige Versagen bei der Ausbildung von Fachärzt*innen für Pathologie, Radiologie und Labormedizin?

2006 habe das Land alle Kliniken übernommen, habe sich aber nicht um ausreichende Anzahl von Jungärzt*innen gekümmert, wie dies in anderen Bundesländern der Fall war. 2015 kam das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz. Hier habe man die Entlastung von Ärzt*innen durch Verwaltungspersonal versäumt.

Weder der zuständige Landesrat, noch die Landeshauptfrau fühlten sich – da ausgelagerte Agenturen - verantwortlich. Die politische Einflussnahme bis auf die Stationen sei jedoch geblieben.

Der Bund stelle NÖ aus dem Finanzausgleich € 437,4 Mio. zusätzlich bis 2028 zur Verfügung. Bedingung seien Reformen und eine zielgerichtete Planung in Form eines detaillierten Regionalplans Gesundheit. Im Jänner 2024 habe die Landesregierung zu einem Gesundheitsgipfel geladen, einen Gesundheitspakt geschlossen und eine Strukturreform angekündigt. Seit damals habe es keinen weiteren Termin gegeben.

Abg. Moser verlangt für die Universitäts- und Landeskliniken eine flächendeckende Grundversorgung, aber auch eine transparente Bündelung von Spezialkompetenzen.

Diese Dinge müsse man den Menschen erklären, aber man könne von ihnen kein

Verständnis für die überfallsartige Schließung von Stationen erwarten.

Ebenso wie ihre Vorrednerin kritisiert **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** die Schließung der Geburtenstation und Gynäkologie Waidhofen/Ybbs, was aus manchen Landesteilen zu viel längeren Fahrten in das nächstgelegene Krankenhaus führe, zu Stress bei Patient*innen in Notfällen und zeitlichem Mehraufwand von Rettungskräften.

Auch sie führte diese Missstände auf jahrzehntelange verfehlte Personalpolitik, der fehlenden vorausschauenden Planung auch länderübergreifend, was auf Grund des zu geringen Selbstversorgungsgrades von nur 75% dringend notwendig wäre.

Ein Viertel der Patient*innen würde in anderen Bundesländern als Niederösterreich betreut. Und dies, obwohl die Gemeinden durch die ständig steigenden NÖKAS-Umlage (Niederösterreichische Krankenanstalten-Finanzierung) und den Standortbeitrag das Spitalssystem mitfinanzierten.

Die Gesundheitsversorgung und die Infrastruktur des ländlichen Raumes wurden immer weiter ausgedünnt, was am Nicht-besetzen von Kassenarztstellen ersichtlich wird. Dass Polizeistationen, Postämter, Kassen in Bahnhöfen, Bankfilialen und Bankomaten im ländlichen Raum fehlen, sei erwähnt.

Abg. Suchan-Mayr/SP zählt eine Reihe von notwendigen Maßnahmen auf und dankt dem Personal des Krankenhauses Waidhofen/Ybbs.

Ohne auf die Detailargumente der Vorredner*innen einzugehen, verteidigt **Abg. Richard Punz/FP** die Versorgungssicherheit in NÖ und schiebt die Schuld wie so

oft bei seiner Partei der Bundesregierung vergangener Jahre zu.

Auch die Bundes-Grünen, ein ebenfalls häufiges Feindbild der FP, bekommen ihr Fett ab und werden diffamiert. Und selbstverständlich darf auch das Flüchtlings-thema nicht fehlen. 2015 habe die SP während der Flüchtlingskrise auf die Zuwanderung von Ärzt*innen und anderen Fachkräften gehofft, was sich jedoch nicht bewahrheitet habe.

Schließlich endet die Rede im bei der FP ebenfalls beliebten Wien-Bashing, wo im Gesundheitsbereich alles noch viel schlechter sei, Spitäler und Ambulanzen überlastet seien und häufig Sprachbarrieren zwischen medizinischem Personal und Patienten auf Grund fehlender Integration bestünden. Auch die durchaus umstrittene Schließung des Lorenz-Böhler-Unfallspitals wird erwähnt. **Abg. Punz** lobt schließlich diverse bereits bestehende NÖ Initiativen im Gesundheitsbereich.

Wie sein Vorredner bricht auch **Abg. Franz Dinthobl/VP** eine Lanze für das NÖ Gesundheitssystem und illustriert dies anhand zweier Beispiele.

Er erwähnt aber auch die Herausforderungen, die Frage der immer teureren und effizienteren technischen Ausrüstungen, die auch mehr geschultes Personal benötigten. Durch den Einsatz von Hubschraubern könnten heute Menschen rasch in Spitäler gebracht werden und auf höchstem Niveau versorgt werden.

Der Gesundheitspakt mache eine bessere Fokussierung möglich, denn in allen 27 Kliniken könne nicht alles angeboten werden.

Zum Thema Geburtenstation Waidhofen/Ybbs meint *Abg. Dinhobl*, zur Aufrechterhaltung solch einer Station bedürfe es auch einer gewissen Fallzahl, um die Professionalität in den Abteilungen hochhalten zu können.

Auch dem niedergelassenen Bereich müsse Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die derzeitigen Bereitschaftsdienste auf freiwilliger Basis müssten in Zukunft von 8 bis 14 Uhr flächendeckend gewährleistet sein. Hier seien die Ärztekammer und die Gesundheitskasse gefordert.

Weiters erklärt *Abg. Dinhobl*, es sei je ein Mitglied von jeder in der Regierung vertretenen Partei im Aufsichtsrat der LGA vertreten. Im Beirat der LGA sei *Koll. Scheele/SP* vertreten, im ständigen Ausschuss des NÖGUS/ NÖ Gesundheits- und Sozialfonds seien *Abg. Königsberger-Ludwig/SP*, *Abg. Scheele/SP* und *Bürgermeister a.D. Resch/SP* vertreten. Es stimme also nicht, dass die SP in diesen Gremien keine Aufsichtspflicht habe, aber diese müsse eben auch wahrgenommen werden.

zusammenHaltNÖ  **hat recherchiert:**

Der letzte **NÖ Gesundheitsbericht** mit 255 Seiten stammt aus dem Jahr 2016.

https://www.noegv.at/noe/Gesundheitsvorsorge-Forschung/NOE_Gesundheitsberichte.html

Seither ist kein derartiger Bericht mehr auffindbar, auch nicht auf der Homepage der LGA.

In NÖ Landeskliniken und PBZ/Pflege- und Betreuungszentren gibt es eine lange Liste an offenen Stellen: <https://karriere.noeg-lga.at/offene-stellen>

Die Gründe für das Fehlen an Bewerber*innen wurden in den Reden der Landtagsabgeordneten klar benannt.

TO-Punkt 04: „Herstellung der Barrierefreiheit sowie thermische und technische Sanierung des Landtagssaals“

Dieser Antrag wurde von VP, FP, NEOS und Grünen angenommen. Während die SPÖ (*Abg. Weninger* mit Abänderungsantrag), mit Verweis auf einen sparsamen Umgang mit den Geldern der Steuerzahler*innen einer Sparvariante (€ 3,4 Mio statt ca. € 12 Mio) das Wort redet, ergeht sich der **2. LT-Präsident Waldhäusl/FP** in seiner Rede in nostalgischen Betrachtungen über die Geschichte des Landtags als „NÖ Haus der Demokratie“ und vor allem zu seiner eigenen Biographie als langdienender Mandatar für NÖ.

Die Debatte - ein Spiegel der Diskussionskultur im Landtag: mit hehren Worten und Selbstbeweihräucherung wird nicht gespart, Demokratieansprüche werden strapaziert, die jedenfalls von den Regierungsparteien nicht eingelöst werden. Als wichtigstes Thema zieht sich die Weigerung der SPÖ, dem Antrag zuzustimmen durch. Gemeinsamkeit wird hochgejubelt, die durch das SPÖ-Bashing erst so richtig zustande kommt.

#zusammenHaltNÖ  **meint:**

Die notwendige technische Barrierefreiheit des Landtagssaals wird, so wie wir den Landtag bzw. die *Abg. der ÖVP und FPÖ* bisher kennengelernt haben, nicht gepaart sein, mit inhaltlicher Barrierefreiheit. Wer hat Zugang, wer wird gehört? Es bräuchte tatsächlich eine weltoffene, tolerante und wertschätzende Demokratie und einen respektvolleren Umgang miteinander, die die von allen Landtagsparteien immer wieder genannte Bezeichnung „Herz der Demokratie“ auch verdient.

TO-Punkt 06: „Etablierung einer gebietskörperschaftenübergreifenden Transparenzdatenbank“

Im Rahmen einer 15a-Vereinbarung BVG/Bundes-Verfassungsgesetz zwischen Bund und allen neun Bundesländern wurde auch vom NÖ Landtag einstimmig eine gebietskörperschaftenübergreifende [Transparenzdatenbank \(Transparenzportal\)](#) beschlossen.

Laut Artikel 1 dieser Vereinbarung soll sie dazu dienen, „...ein höchstmögliches Maß an Transparenz und effizientem Mitteleinsatz im Bereich von Förderungen aus öffentlichen Mitteln des Bundes und der Länder zu gewährleisten.“

TO-Punkt 07: „Stärkung des Ehrenamtes – Dienstfreistellung unter Entgeltfortzahlung für freiwillige Einsatzkräfte“

In diesem TO-Punkt wird die NÖ Landesregierung im [Antrag](#) der SPNÖ aufgefordert, „...an die Bundesregierung heranzutreten und auf eine bundesweit einheitliche arbeitsrechtliche Regelung mit dem Inhalt hinzuwirken, dass Arbeitnehmer*innen, welche sich ehrenamtlich im Rahmen der Einsatzorganisationen (Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienst, etc.) engagieren, an zumindest fünf Arbeitstagen im Jahr Anspruch auf Dienstfreistellung bei Großschadensereignissen unter Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber für diese Tätigkeit gewährt sowie den Arbeitgeber*innen der wirtschaftliche Nachteil (Lohnkosten) aus dem Katastrophenfonds ersetzt wird.“

Während sich die antragstellende SP und die Grünen für eine Neuregelung aussprechen, argumentieren die anderen Landtagsparteien, dass diese auch für die Arbeitgeber zumutbar sein müsse, die

gesetzlichen Regelungen ausreichend seien und in der Praxis funktionieren würden.

Der Antrag wurde nur von SP und Grünen unterstützt und somit mehrheitlich abgelehnt.

TO-Punkt 08: „Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 (NÖ LV 1979)“

Bei TO-Punkt 08 geht es um eine [Änderung der Landesverfassung](#). Im Art. 51 solle ein Abs. 3c angefügt werden, der folgendermaßen lautet:

„Der Landesrechnungshof hat bei Unternehmungen und Einrichtungen, die seiner Kontrolle unterliegen (Abs. 2), jedes zweite Jahr die durchschnittlichen Einkommen einschließlich aller Sozial- und Sachleistungen sowie zusätzliche Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie aller Beschäftigten durch Einholung von Auskünften bei diesen Unternehmungen und Einrichtungen zu erheben und darüber dem Landtag zu berichten.

Die durchschnittlichen Einkommen der genannten Personenkreise sind hiebei für jede Unternehmung und jede Einrichtung gesondert auszuweisen.“

Im Art. 62 Abs. 6 solle festgehalten werden, dass ein Bericht gemäß Art. 51 Abs. 3c vom Landesrechnungshof erstmals für das Kalenderjahr 2025 zu erstellen sei.

Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne und **Abg. Wolfgang Kocovar/SP** argumentieren für den Antrag und erwähnen, dass es im Bund bereits seit 40 Jahren eine solche Regelung gebe, denn dort habe man die Notwendigkeit für mehr Transparenz erkannt.

Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS weist auf die Ambivalenz bei Gehaltsthemen hin und erwähnt die bereits bestehende

Transparenz im Bereich von Kollektivverträgen, Politiker*innen-Gehältern oder bei Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Sie müssen einen jährlichen Vergütungsbericht legen, in dem Grundgehälter und Boni festgehalten sind.

Auch Zahlen über Gagen in geschützten Bereichen wie der Nationalbank, dem ORF oder Interessensvertretungen würden immer wieder durchsickern.

Transparenz sei notwendig, aber Neiddebatten dürfe es nicht geben, wenn jemand enorm viel leiste, die erforderliche Qualifikation habe und nicht durch Postenschacher zu seinem gut bezahlten Job gekommen sei.

Es sei *Abg. Hofer-Gruber* nicht ganz klar, in welche Kerbe der Antrag schlage. Mehr Rechnungshof würde er befürworten. Aber wenn schon mehr Transparenz, dann auch in den geschützten Bereichen, die mit Steuergeldern oder Zwangsmitgliedsbeiträgen alimentiert werden.

Abg. Andreas Bors/FP leitet seinen Redebeitrag mit einem Seitenhieb auf Wien ein, wo laut einem Bericht des Stadtrechnungshofes 13 Vorstände von Betrieben der Stadt Wien mehr verdienen als der Bürgermeister.

Danach wendet er seine Aufmerksamkeit dem „*selbsternannten Kontroll-Landesrat Hergovich*“ zu und zweifelt mittels eines Beispiels seine Kontrollgenauigkeit an.

Abg. Bors kritisiert, dass man nun auch periodische Einkommensberichte von Gesellschaften wolle, die ohnehin bereits der Kontrolle des Landesrechnungshofs unterliegen und zweifelt an, dass dieser Antrag eine Verbesserung für den Wirtschaftsstandort NÖ bringe. Er weist

darauf hin, dass es solch gesetzliche Festreibungen von Kontrollberichten auch nicht im rot regierten Wien oder Burgenland gebe.

Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP stellt einen Alleingang Niederösterreichs in Frage und befürchtet, dies würde einen erhöhten bürokratischen Aufwand für die Unternehmen und einen Wettbewerbsnachteil für den NÖ Wirtschaftsstandort bedeuten.

Nicht die Neidkultur, sondern der Leistungsgedanke müsse in Zukunft stärker gefördert werden.

Der Ausschuss-Antrag lautet auf „Ablehnung“ und wird schließlich mit den Stimmen von VP und FP angenommen.

Zusatzinformation

Vergütungsbericht für die Bezüge der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder der EVN AG für das Geschäftsjahr 2021/2

https://www.evn.at/getmedia/d4722dd2-6397-4a70-b26a-8686af7f416e/Vergutungsbericht_2021-22.pdf

(Wiener) Stadtrechnungshof kritisiert hohe Gehälter

<https://wien.orf.at/stories/3147800/>

TO-Punkt 09: „Praxisnahe Umsetzung der EU Entwaldungsverordnung ohne bürokratischen Mehraufwand“

#zusammenhaltNÖ  **erklärt:**

Worum geht es bei dieser Verordnung? Lieferketten sollen sicherstellen, dass für den Anbau von Agrarrohstoffen, Rinderzucht, Soja, Palmöl, Zellstoff, Kaffee, Kakao, Naturkautschuk u.a. keine Waldökosysteme zerstört werden und damit die Emission von Treibhausgasen reduziert werden soll. Nach den Vorgaben des „EU Green Deals“ erwartet man

durch einen Entwaldungsstopp einen enormen Hebel für den Klimaschutz.

Abg. Josef Edlinger/VP spricht von einem „guten Tag für den Wald“, jedoch sei die EU-Verordnung EUDR wieder einmal der Beweis „gut gemeint, heißt nicht, gut gemacht“. Es sei ein „Bürokratiemonster“ geschaffen worden, das weder dem Wald noch der Umwelt helfen würde.

Die neue Verordnung EUDR trat Ende Juni 2023 in Kraft, gilt ab Dezember 2024 (bzw. für kleinere Unternehmen ab Juni 2025).

Laut **Abg. René Zonschits/SP** treffe diese Verordnung die Falschen, nämlich kleine Landwirte und Waldbesitzer und nicht die global agierenden waldbaholenden, internationalen Konzerne. Daher fordert Zonschits für die österreichischen Waldbauer*innen Rechtssicherheit, eine Reduktion der Bürokratie und eine Fristerstreckung.

Des Weiteren schildert **Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS** am Beispiel eines Spanplattenproduzenten die Absurdität dieser EU-Verordnung.

Einhelliger Tenor bei den NÖ Abgeordneten: Österreich hat ein strenges Waldnutzungsrecht und braucht diesen, für viele kleine Betriebe (Waldbauern u. Rinderzüchter) existenzbedrohenden, bürokratischen Mehraufwand nicht. Der Antrag wird außer mit den Stimmen der Grünen angenommen.

Zusatzinformation zum Thema EUDR – EU Entwaldungsverordnung:

<https://www.regenwald-schuetzen.org/regenwaldschutz-im-alltag/gesellschaft-und-politik>

<https://www.noerr.com/de/insights/die-neue-eu-entwaldungsverordnung>

<https://www.forstzeitung.at/aktuelles/2024/03/eudr-nicht-praxistauglich.html>

TO-Punkt 10: „Zukünftige Rahmenbedingungen für Community Nursing“

Abg. Doris Schmidl/VP bringt als Berichterstatterin auf etwas eigenwillige Weise den oben genannten Antrag bezüglich der zukünftigen Rahmenbedingungen für „**community** [kə'mjuː.nə.ti] **nursing**“ ein.

Abg. Edith Kollermann/NEOS weist darauf hin, dass die Aufgaben von Community Nurses eher in der Gesundheitsvorsorge und Unterstützung von Pflege zuhause lägen. Verglichen mit dem international anerkannten sehr guten Niveau von Krankheitsbehandlung könnte im Bereich Prävention in Österreich noch viel mehr getan werden.

Community Nurses hätten v.a. koordinierende und beratende Aufgaben, seien aber hochqualifiziert und könnten in Zukunft evtl. auch Aufgaben übernehmen, die nicht zwingend Ärzt*innen vorbehalten seien.

Eine Sicherstellung des Ausbaus und der Finanzierung des Community Nursing-Projekts, dessen EU-Finanzierung Ende 2024 ausläuft, sei mit höchster Priorität zu verfolgen.

Abg. Kollermann rechnet anschließend vor, wie durch Umschichtung von Geldern, z.B. den Geldern aus dem Pflege- und Betreuungsscheck, der Weiterbestand von Community Nursing finanziert und damit Alternativprojekte realisiert werden könnten, die weit sinnvoller wären.

Dagegen findet **Abg. Silvia Moser/ Grüne** den Antrag nicht für sinnvoll. Es müsse jedes EU-Projekt ohnehin zwingend evaluiert werden und die Weiterfinanzierung

der Community Nurses wurde im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern verhandelt. Einheitliche Rahmenbedingungen lehnten die Bundesländer ab. Das von den zuständigen Landesrät*innen ausverhandelte Ergebnis wurde von den Landeshauptleuten abgesegnet und unterschrieben. Somit wurde auch die Zustimmung zur Höhe der Finanzierung gegeben.

Community Nurses böten bei plötzlich auftretenden Pflegefällen wichtige Beratung und Unterstützung und seien nicht mehr wegzudenken, denn sie erfüllten eine wichtige Aufgabe der Prävention durch die aufsuchende Arbeit, Vortragstätigkeit, Vernetzung etc.

Abg. Karin Scheele/SP meint, auch wenn die Evaluierung und rechtlichen Rahmenbedingungen ohnehin durchgeführt würden, schade es nicht, diese Forderung auch im Antrag festzuhalten.

Die Evaluierung sei notwendig, um zu sehen, ob alle 116 von Community Nurses umgesetzten Projekte die Erwartungen erfüllt hätten.

Community Nursing sei eine wichtige, wohnortnahe und niederschwellige Ergänzung.

Auch **Abg. Richard Punz/FP** und **Abg. Anton Erber/VP** sind beide voll des Lobes für das Pilotprojekt Community Nursing, das auf Gesundheitsförderung- und -pflege fokussiert sei. Es sei ein dynamisches Konzept, das sowohl für ältere, zu Hause lebenden Menschen mit einem Verlust an Informationsflüssen und Beratungsleistungen geeignet sei, als auch für ihre pflegenden Angehörigen und deren Unterstützungsbedarf.

Abg. Erber dankt den hochqualifizierten Community Nurses für ihre ausgezeichnete Arbeit, meint aber, für die Zukunft müssten noch Rahmenbedingungen und Tätigkeitsfelder genauer definiert werden. Es gebe bereits gut ausgebautes Community Nursing in Skandinavien und gehe dort v.a. in Richtung vorausschauender Planung und Prävention.

TO-Punkt 11: „Recht auf persönlichen Kontakt zu Ämtern und Behörden“

Laut **Abg. Kollermann/NEOS** hätten die Antragsteller Sorge, dass durch die vermehrte Digitalisierung im Alltag die ältere Bevölkerung immer stärker diskriminiert werde. Kollermann verweist aber darauf, dass von den im SP-Antrag erwähnten Beispielen die ältere Generation gar nicht betroffen sei.

Mit ähnlichen Argumenten zerpfückt **Abg. Edith Mühlberghuber/FP** den Antrag der SP-Fraktion. Im Übrigen könne die Generation „65 plus“ in jedem Bürgerbüro einer NÖ Gemeinde Auskunft und Unterstützung erhalten. **Abg. Mühlberghuber** weist darauf hin, dass NÖ Pflege- und Betreuungsschecks, sowie Wohn- und Heizkostenzuschuss online, telefonisch oder per Formular beantragt werden könnten.

Aber um dem SP-Antrag noch mehr Nachdruck zu verleihen, versucht es **Abg. Rainer Spenger/SP** noch mit einer „Wortspende“ der VP-Seniorenbund-Vorsitzenden Korosec, die ebenfalls auf diskriminierende Aspekte der zwangsweisen Digitalisierung für Senioren im Alltag hinwies. Der Antrag wurde mit Ausnahme der SP von allen Fraktionen abgelehnt.

TO-Punkt 12: „Günstigere Nah- und Fernwärme sowie Ausbau der Biomasse“

Während **Abg. Edith Kollermann/ NEOS** sich für strukturelle Maßnahmen bei der Preisgestaltung der Fernwärme einsetzt, statt die Preishoheit zu delegieren, verlangt **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne**, dass, ähnlich wie in OÖ, auch in NÖ ein Preisgesetz für Fernwärme zur Anwendung kommen solle.

Mit dem Hinweis auf saftige Preiserhöhungen von 20% 2023 durch die EVN und dem Verweis auf eine Preisregelung für Fernwärme aus dem Jahr 2016 (!), erntet **Abg. Franz Schnabl/SPÖ** eher ungläubiges Stirnrunzeln bei **Abg. Dieter Dorner/FPÖ**. Für **Abg. Dorner** gibt es folgende Vorteile der Nah- und Fernwärme: sie sind ressourcenschonend (Biomasse) und die Wertschöpfung entsteht in der Region. Da aber für die Nutzer von Nah- und Fernwärme ein Anbieterwechsel zumeist unmöglich ist, findet **Abg. Dorner** eine Preisregulation durch die öffentliche Hand als gerechtfertigt.

Er befürwortet daher die aktuelle Prüfung der Preisgestaltung bei der EVN-Wärme durch den Landesrechnungshof. Seiner Meinung nach sollte auf Grundlage dieser Prüfergebnisse und der Empfehlungen des Landesrechnungshofs entschieden werden, „*ob und wie das Land NÖ in die Preisgestaltung der Fernwärme-Anbieter eingreifen soll*“.

TO-Punkt 13: „Flughafen muss vom Rechnungshof geprüft werden können“

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne gibt zu bedenken, dass es sich beim Flughafen Wien-Schwechat um kritische Infrastruktur handle, welche im strategischen Interesse des Staates sowie im öffentlichen Interesse liege.

Eine solche Kontrolle wäre umso wichtiger, als große Investitionen geplant sind (Ausbau Terminal 3 für €420 Mio.) und auch die Eigentümer*innenstruktur kritisch hinterfragt werden müsse. Schließlich sind nur 40% der Anteile im öffentlichen Besitz (Wien u. NÖ), weitere 40% sind im Besitz eines karibischen Investment Fonds (Airport Group Europe S.a.r.l. – Conyers Trust Comp.). Dieser Fonds sei bestrebt, weitere Anteile an der FHW AG zu erwerben. Man spricht von weiteren 9,99%.

Daher fordern die Grünen, dem Nationalrat eine Gesetzesvorlage zum Beschluss vorzulegen, sodass die Prüfkompetenz des Rechnungshofes auch auf Unternehmungen mit einer öffentlichen Beteiligung ab 25% angewandt werden könnte.

Abg. Christoph Kaufmann/VP befürchtet, dass eine solch erweiterte Prüfkompetenz des Rechnungshofes rufschädigend für solche Firmen wäre. Auf jeden Fall könnte die verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit Wettbewerbsnachteile bewirken, das Vertrauen der Kunden beeinträchtigen und ein negatives Signal für potentielle Investoren bedeuten, ja sogar auch eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich nach sich ziehen.

Die SP-Niederösterreich sieht keine Notwendigkeit einer weiteren Prüfung. Für

Abg. Wolfgang Koccevar/SP reichen die zahlreichen Kontrollen durch den Aufsichtsrat, „*wie bei jedem börsennotierten Unternehmen*“.

Für die FP habe der VfGH für rechtliche Klarheit gesorgt. Man nehme diese Entscheidung zur Kenntnis und **Abg. Andreas Bors/FP** frohlockt, dass der Flughafen Wien sich wieder „im Steigflug“ befinde und Rekordergebnisse erziele.

Nur die Grünen und NEOS stimmen für den Kontrollantrag.

Zusatzinformation:

- <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/grosseigentuermer-des-flughafens-wien-in-der-kritik-1>
- https://www.meinbezirk.at/niederoesterreich/c-politik/warum-der-rechnungshof-den-flughafen-wien-ueberpruefen-sollte_a6589102
- <https://orf.at/stories/3286301/>
- https://www.vfgh.gv.at/medien/VfGH-Entscheidung_zu_Flughafen_Wien_AG_Rechnungshof_.de.php
- <https://www.derstandard.at/story/2000094323293/rechnungshof-darf-bei-flughafen-wien-teilweise-einsicht-nehmen>
- https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/news_2/Flughafen_Wien_-_Rechnungshof_zeigt_Schwachstellen_auf.html
- <https://www.wko.at/wirtschaftsrecht/unternehmen-rechnungshofkontrolle>
- <https://www.finanzen.at/nachrichten/aktien/gruene-fordern-rechnungshof-soll-flughafen-wien-pruefen-duerfen-flughafen-wien-aktie-hoeher-1033171989>

TO-Punkt 14: „Freier Handel darf nicht zur Gefährdung der österreichischen Landwirtschaft führen“

Der von VP und FP angenommene [Antrag](#) des EU-Ausschusses verlangt von der Bundesregierung, die „*bestehende Ablehnung einer Beschlussfassung bzw. Ratifizierung des Abkommens mit MERCOSUR aufrechtzuerhalten* und weiters auf EU-Ebene darauf zu drängen, dass im Interesse von österreichischen Exportchancen dieses Abkommen „*ohne jegliche*

Einbeziehung des Bereichs Landwirtschaft neu verhandelt werden soll“.

Bei diesem, von der EU massiv betriebenen Abkommen mit vier lateinamerikanischen Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) sieht der **FP-Abg. Peter Gerstner** zwar „*eine Chance auf Marktöffnung*“, andererseits verlangt er den Schutz der heimischen, nachhaltig produzierenden Landwirtschaft vor unfairer Wettbewerb und meint: „*Darüber hinaus dürfen wir die sozialen Auswirkungen nicht außer Acht lassen. Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsstandards stehen in einigen MERCOSUR-Ländern in starkem Kontrast zu unseren Standards, die wir in Europa gewohnt sind.*“

Eine solch einseitige Sicht entlarvt **Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS**, für den unser Wohlstand zu 30% vor allem auf den Exporterfolgen der österreichischen Wirtschaft beruht, als scheinheilig, denn „*Wer A sagt, muss auch B sagen!*“

Abg. Bernhard Heinreichsberger/VP verweist auf den hohen Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln aus heimischer, nachhaltiger Produktion. Er erwähnt auch, dass bei einer Umfrage (SPAR + Greenpeace) 87% der Österreicher*innen das Abkommen mit MERCOSUR aus Angst vor minderer Qualität und Unterlaufen der in der EU und v. a. auch in Österreich gesetzlich verordneten Klima-, Umwelt- und Sozialstandards, strikt ablehnen. Für ihn sei der Import von landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Rindfleisch, Hühnerfleisch u. a.) aus Lateinamerika ein „*ökonomischer und ökologischer Unsinn*“.

Man könne ja innerhalb der EU verstärkt Lebensmittel mit entsprechendem Standard vermarkten, schlägt der Abgeordnete als naheliegende Alternative vor.

Diese Wortmeldung reizt **Abg. Hofer-Gruber** und er bringt noch ein groteskes

Beispiel für ökonomisch und ökologischen Handel im Bereich der österreichischen Landwirtschaft: In den Medien wird der Export von überschüssigen Innereien von Schweinen nach China als großartiger Außenhandelserfolg gefeiert.

„Für China sind Ohren, Rüssel und Füße des Schweines Delikatessen...“ und BM TOTSCHNIG (VP) bei seinem Besuch in Peking weiter: *„... nach China können nun auch Teile exportiert werden, die am heimischen Markt dem Tierfutter zugeführt werden“.* (Josef Dollinger, [OÖN, 01.03.2024](https://oed.at/01.03.2024))

Zusatzinformation

<https://www.topagrar.com/themen/merco-sur-abkommen-12727340.html>

<https://greenpeace.at/hintergrund/eu-merco-sur-abkommen-einfach-erklart/>

TO-Punkt 15: „Aufwertung der Lehre auf allen Ebenen als Antwort auf den Fachkräftemangel“

Abg. Edith Kollermann/NEOS begrüßt grundsätzlich den [Antrag](#), denn für zahlreiche Betriebe sei der Fachkräftemangel ein gravierendes Problem.

Man könne aber auch bereits im eigenen Wirkungsbereich ansetzen und nicht wieder einmal nur vage Wünsche an den Bund artikulieren.

Slogans allein, wie NÖ müsse das „Land der Meister“ werden, würden nicht genügen.

An den Bund müssten ganz konkrete Verbesserungsvorschläge herangetragen werden, wie z.B. die Modernisierung der Ausbildungsordnungen, weniger bürokratische Hürden für die Betriebe, einen Lehrlingsbonus, um kleinere und mittlere Betriebe zu entlasten oder eine duale

Oberstufe aus einem Guss, statt der derzeitigen Dreiteilung in Polytechnische Schule, Berufsschule und Berufsreifeprüfung.

Österreich brauche aber auch Arbeitskräfte aus dem Ausland, die mit einer „Festung Österreich“ und Schengen-Vetos sicher nicht zu bekommen sein werden.

Abg. Georg Ecker/Grüne ist auch im Ausschuss aus dem Antrag nicht schlau geworden, Wie schon seine Vorrednerin betonte, gab es auf diese Fragen zur erwähnten „Strategie“ im Ausschuss keine Antworten.

Die ÖVP sei seit Jahrzehnten in NÖ und auch im Bund in Regierungsverantwortung. Seit vielen Jahren sei vom Fachkräftemangel zu hören, aber trotzdem habe sich der Fachkräftemangel in den letzten Jahren massiv zugespitzt.

Es gebe keine Initiativen, die die Landesregierung umsetzen könne, z.B. die Berufsschulen zu verbessern, dort mehr Unterstützungspersonal einzusetzen, was eine Forderung der Berufsschüler*innen sei. Es sei weiters dort flächendeckend eine moderne Technik und mehr Berufsorientierung umzusetzen.

Dem Zusatzantrag der SP - Vereinfachung von „Lehre mit Matura“- würden die Grünen zustimmen, weil er einen ganz konkreten Vorschlag betreffe. Bei Kleinbetrieben bedürfe es allerdings einer entsprechenden Unterstützung.

Abg. René Pfister/SP hält fest, dass ein ganz ähnlicher Antrag bereits einer NÖ AK-Vollversammlung von der FSG eingebracht worden sei und mit der Antragsbegründung einstimmig beschlossen wurde. Man hätte sich nur die Mühe machen

müssen, auch die Forderungspunkte zu lesen und aufzunehmen, um damit zu konkreten Handlungsfeldern zu gelangen. *Abg. Pfister* lobt die Sozialpartner in NÖ – Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und Gewerkschaft als verlässliche Säulen in der Lehrlingsausbildung. Alle hätten ein gemeinsames Interesse und seien mit ihren Initiativen auch tw. bundesweit kopiert worden oder es hätte gemeinsame bundesweite Projekte gegeben, wie z.B. „Meister statt Master“.

Auch manche Betriebe seien in den Bereichen Aus- und Weiterbildung bereits auf den Zug aufgesprungen. Deshalb auch der Abänderungsantrag für Lehre mit Matura mit einem Bildungsfreistellungsmodell zur Berücksichtigung der Vorbereitungszeit als Arbeitszeit.

Abg. Michael Sommer/FP begründet den Fachkräftemangel mit dem demographischen Wandel, der Umorientierungen vieler Fachkräfte v.a. in der Gastronomie und dem Tourismus während der Lockdowns bzw. Einschränkungen der Coronakrise und der gesellschaftlichen Abwertung von Lehrberufen über Jahrzehnte.

Deshalb seien Maßnahmen zur Attraktivierung der Lehrberufe notwendig. Er zählt einige niederösterreichische Initiativen auf, wie den Talente-Check oder die Einführung der Bildungs- und Berufsorientierung etc. Es müsse ein Imagewandel herbeigeführt werden und das Image der Lehre und die Investitionen in die Lehrlingsausbildung gesteigert werden. Nach der Abschaffung der Kosten für die Meisterprüfung seitens des Bundes seien auch die Kosten für die Vorbereitungskurse und Befähigungskurse abzuschaffen. Dies sei

auch im Sinne der Gleichberechtigung mit Studierenden notwendig.

Zum Abschluss geht es natürlich nicht ohne Migrant*innenbashing und falsche Zahlen. *Abg. Sommer* behauptet allen Ernstes, dass die „Massenzuwanderer seit 2015“ zu 70% Analphabeten seien.

Das stimmt nicht, wie unser [Faktencheck beim ÖIF/ Österr. Integrationsfonds](#) ergibt.

Der **#zusammenHaltNÖ Faktencheck**



ergibt:

selbstverständlich sind nicht 70% der Geflüchteten „Analphabeten“: Hans Rauscher meint deshalb im STANDARD: „Da kann jemand in der FPÖ nicht sinnerfassend lesen“

Wir von #zusammenHaltNÖ meinen daher:

Herr Abgeordneter Sommer, wenn Sie schon so auf die „Aufwertung der Lehre“ bedacht sind und den Fachkräftemangel beklagen, könnten Sie sich ja auch mal die Mühe machen und recherchieren, wie viele der 2015 gekommenen „Analphabeten“ (egal ob primär oder sekundär) inzwischen erfolgreich Ausbildungen abgeschlossen haben und heute HTL-Ingenieur*innen, HAK-Absolvent*innen, Jugendbetreuer*in-nen und andere Fachkräfte sind oder Lehren abgeschlossen haben. Und auch anerkannte Akademiker*innen gibt es unter den Geflüchteten.

Bei Ihren diesbezüglichen Recherchen sind wir von #zusammenHaltNÖ übrigens gerne behilflich!

Zusatzinformation

<https://www.integrationsfonds.at/newsbeitrag/oeif-faktencheck-alphabetisierungsbedarf-unter-fluechtlingen-im-fokus-18159/>

<https://www.derstandard.at/story/2000146347925/sieben-von-zehn-zuwanderern-sind-analphabeten>

Auch **Abg. René Lobner/VP** stimmt in die Argumente seiner Vorredner*innen ein. Er

zählt nochmals die bisherigen Leistungen des Landes Niederösterreichs auf, darunter die Mobilitätsförderung, die Lehrlingsbeihilfe Neu für Lehrlinge aus einkommensschwachen Familien, Begabtenförderung oder Förderung für die Pflegeausbildung.

Durch zu starke Bewerbung der Lehre mit Matura würden unrealistische Erwartungen bei Jugendlichen geweckt werden, die viele Arbeitgeber nicht erfüllen könnten. Man solle vielmehr gemeinsam mit dem Bund, mit den Sozialpartnern die Lehre attraktivieren.

TO-Punkt 16: „Bekämpfung der Jugendverschuldung – Finanz- und Wirtschaftsbildung in Schulen weiter forcieren“

Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS betrachtet diesen Antrag der VP an zwei Minister der eigenen Partei, nämlich an den Bildungs- und Finanzminister, eigentlich als Zumutung. Anstatt immer dem Bund etwas auszurichten wäre es weit sinnvoller, Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich zu setzen. Zum Beispiel könnte ein Antrag zur Ausweitung des Projekts „NÖ Finanzführerschein“ gestellt werden. Dieses Projekt sei erst kürzlich vom Land NÖ gemeinsam mit der AK und der Schuldnerberatung gestartet worden und sei erst in zwölf Schulen implementiert worden. Dennoch werde seine Partei für diesen Antrag stimmen.

Ebenso wie Vertreter*innen des Schülerparlaments, plädiert **Abg. Georg Ecker/Grüne** für mehr Finanzbildung in Schulen, kann aber dem Antrag ebenfalls nicht viel abgewinnen. Das Thema sei bereits in den Lehrplänen der Unterstufen

verankert und es gebe auch zahlreiche andere Projekte im Bund, die sich die Antragsteller*innen einfach genauer ansehen sollten. Die Schuldnerberatungen seien in der Verantwortung des Landes und erfrage sich, wo da die Erhöhungen seien. Solch unabhängige Institutionen müssten das Coaching in Schulen machen und nicht Banken, die vielleicht dort Produkte wie Jugendkonten bewerben wollen.

Nach einem längeren Zusatzantrag von **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** nennt **Abg. Andreas Sommer/FP** Zahlen und Fakten bezüglich Jugendverschuldung und hält ein Plädoyer für das Bargeld, da dies Jugendlichen einen besseren Überblick über ihre Finanzen gewährleiste. Schließlich unterstellt er Parteien, die es wagen, den Kapitalmarkt auch kritisch zu betrachten, allesamt „Linke oder Kommunisten“ zu sein und den Kapitalmarkt als den „Teufel höchstpersönlich“ und „das Schlimmste auf Erden“ zu bezeichnen. ([Video 1:11](#))

In seiner gewohnt aggressiven Art polemisiert Sommer gegen den ÖGB, die „Letzte Generation“ und vermengt alles mit dem eigentlichen Thema, der Jugendverschuldung.

Wir von **#zusammenHaltNÖ**



können uns über solch krause Gedankengänge nur wundern und ziehen unsere dementsprechenden Schlüsse.

Abg. Florian Krumböck/VP betont schließlich ebenfalls die Wichtigkeit von Finanz- und Wirtschaftsbildung in unterschiedlichsten Schulen. Es müsse aber auch die nötige Ausbildung von Lehrer*innen folgen, die – wie er polemisch erklärt – hoffentlich auch die Ökonomen Hajek und

Smith und nicht nur Piketty und Marx umfasse ([Video 2:42](#)).

Wir von **#zusammenHaltNÖ**



fragen uns, ob sich Herr Krumböck wohl jemals mit dem renommierten französischen Ökonomen Piketty und seinen Werken näher beschäftigt hat. Wir bezweifeln es. Was nicht ist, kann aber noch werden, denn sicher könnte auch er noch einiges von ihm lernen.

Quellen für diese Ausgabe der Impressionen:

Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen, Bericht der NÖ Landeskorrespondenz „Landtag aktuell“, Videobeiträge der LT-Sitzung, diverse Medienberichte.

Gesamtvideo der NÖ Landtagssitzung

<https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2024-03-21>

Zusammenfassung der NÖ Landeskorrespondenz zum Nachlesen

https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2024-03-21/NOE_Landeskorrespondenz_-_Landtag_Aktuell.pdf

Übersicht der Abstimmungsergebnisse

Nächste Landtagssitzung: Donnerstag, 25.04.2024, 13.00 Uhr

Weitere #zusammenHaltNÖ-LT-Beobachter*innen sind herzlich willkommen!
Bitte um Kontaktaufnahme unter unserer Mail-Adresse: kontakt@zusammenhaltnoe.at

[#zusammenHaltNÖ-Homepage: https://zusammenhaltnoe.at/](https://zusammenhaltnoe.at/)